



Arbeitsprogramm 2017 für die Berliner Wirtschaft

Anlage 2 zum Protokoll: Arbeitsprogramm 2017

Inhaltsverzeichnis:

I. Regionale Wirtschaftspolitik	1
Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund.....	1
Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort.	2
Ziel: In Berlin scheidet die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen.....	3
Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute als Vorbild: Mehr Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.....	4
II. Infrastruktur und Stadtentwicklung	5
Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Infrastruktur und verbessert die Professionalität der Planung und Realisierung (Zeit- und Kostenansatz) neuer Bauprojekte.	5
Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich, um Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen zu erhöhen und auch den Bestand zu sichern.	5
Ziel: Gewerbe- und Industriestandorte sind mit allen Verkehrsmitteln erreichbar und bieten mehr nutzbare Flächen sowie größeren Handlungsspielraum für mehr Innovation und wirtschaftliches Wachstum.....	6
Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft.....	7
Ziel: Berlin hat in allen Bezirken profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, die attraktive Orte zum Arbeiten und Leben sind.	7
III. Haushalt und Wettbewerb	9
Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt.	9
Ziel: Steuererhöhungen verhindern - Steuererhebung vereinfachen!	9
Ziel: Die Unternehmerische Freiheit wächst wieder.....	10
IV. Standortfaktor Verwaltung.....	11
Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt.....	11
Ziel: Selbstverwaltungsaufgaben werden unternehmensfreundlich ausgestaltet und umgesetzt.	12
V. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt	13
Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion.....	13
Ziel: Alle Berliner Schulabgänger sind ausbildungsreif.....	14
Ziel: Alle Berliner Schulabgänger, die sich für eine Karriere mit Lehre entscheiden, treten ohne schulische Umwege einen betrieblichen Ausbildungsplatz an.....	15
Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung.....	15
Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich.....	16
Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument.	17

VI. Innovation, Technologie und Wissenschaft	18
Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren.....	18
Ziel: Hightech-Unternehmen wachsen in Berlin stärker als bisher und ihre Zahl nimmt zu.	18
Ziel: Berlin gehört in Europa zu den TOP 3 Wissenschaftsstandorten, an denen aus Wissen Wachstum wird.....	19
VII. Umwelt und Ressourcen.....	20
Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende. .	20
Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für umweltfreundliches Wirtschaften.	21
Ziel: Berliner Unternehmen sind in allen Leitmärkten der Umweltwirtschaft unter den TOP 5 in Deutschland vertreten.	22
VIII. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft.....	23
Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft nimmt jährlich zu.	23

I. Regionale Wirtschaftspolitik

Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund.

Unternehmer treffen die besten Entscheidungen, wenn sie die Struktur ihres Wirtschaftsstandortes sowie konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen frühzeitig kennen. Auch die Politik und Verwaltung benötigen dieses Wissen, um die richtigen Weichen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu stellen.

Die IHK gibt hierzu wichtige Impulse, indem sie wirtschaftsrelevante Informationen zur Verfügung stellt, interpretiert und in unterschiedlichsten Formaten (z.B. Gespräche, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerke, Öffentlichkeitsarbeit) an die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung weitergibt. Sie identifiziert Wachstumskerne und Branchenentwicklungen in der Stadt und führt Standortanalysen und -studien durch.

Die IHK nutzt dieses Wissen gegenüber der Politik, Verwaltung und am Wirtschaftsleben Berlins beteiligten Institutionen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (z.B. konsequente Umsetzung der Berliner Clusterpolitik, Digitalisierung) ab. Sie arbeitet mit allen wirtschaftspolitischen Partnern zusammen, um diese umzusetzen.

Maßnahmen

- Aus der Studie „Berlin 2030“ Handlungsfelder ableiten, formulieren und gegenüber der Politik adressieren
- Interessen der Berliner Wirtschaft im Erstellungsprozess der Europapolitischen sowie Wirtschaftspolitischen Positionen beim DIHK einbringen
- Politische Begleitung der Berliner Industriepolitik mit dem Ziel, eine moderne Industriepolitik einzufordern, in 2017 insbesondere Neuausrichtung von Masterplan und SKIP nach der Wahl des Abgeordnetenhauses vorantreiben, Implementierung von Strukturen fordern, die die Umsetzung moderner Industriepolitik fördern mit dem Ziel, optimale Rahmenbedingungen für die IHK-Unternehmen aus der Industrie zu schaffen
- Fortführung der Sicherheitspartnerschaft mit Senatsverwaltung für Inneres und dem Verband für Sicherheit in der Wirtschaft zur gegenseitigen Unterrichtung über abstrakte/konkrete Sicherheitsrisiken für die Wirtschaft
- Die Ausrichtung der Clusterpolitik durch Mitarbeit in den relevanten Gremien und politische Positionierung im Sinne des wirtschaftlichen Gesamtinteresses mitgestalten
- Umsetzung des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg im Sinne der Unternehmen unterstützen (Gesundheitswirtschaft)
- Begleitung bei der Umsetzung des Masterplans für das Cluster „IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft“ mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen der IHK-Unternehmen in diesem zu verankern
- Die Arbeit des Clusters Verkehr/Mobilität/Logistik auf die praktischen Interessen der Unternehmen lenken durch richtungsgebende Mitarbeit in Clustergremien (AK Internationalisierung, AK Schienenverkehrstechnik), passgenaue Aufbereitung aktueller Informationen aus dem Cluster und kombinierte Veranstaltung IHK/Cluster (Tag der Verkehrswirtschaft)
- Politische Begleitung der Branchen, Gastronomie und Tourismus, in 2017 unter anderem mit einer Positionierung zur Verwendung der Einnahmen aus der City Tax

- Öffentlichkeitswirksame Vorstellung der Ergebnisse der IfH-Studie „Vitale Innenstädte“ zur Wahrnehmung des Einzelhandelsstandorts Berlin-City West, im Vergleich zu anderen deutschen Städten, und Formulierung von Schlussfolgerungen für den innerstädtischen Handel, um Perspektiven und Herausforderungen zu identifizieren
- Umsetzung des neuen Sportentwicklungskonzepts des Senats kritisch begleiten und auf Akquise von Sportevents mit hoher Stadttrendite (z.B. hohe Umsätze der Berliner Wirtschaft) hinwirken
- Austausch mit wichtigen Vertretern von Branchen und Verbänden pflegen – „Branchendialog“ führen, in 2017 insbesondere mit den Branchen: Bau- und Immobilienwirtschaft; Digitale Wirtschaft; Banken, Versicherungen, Finanzdienstleistungen
- Branchenspezifische Veranstaltungen durchführen und Netzwerke pflegen (in 2017 z.B. Saisonauftakt der Sportmetropole Berlin, Cross Innovation Forum „Smart Home“, Zuliefertag weiter ausbauen, Regionale Produktbörse, Veranstaltungsreihe „Digitalisierung im Handel“, „Tag der Versicherungswirtschaft“, Verkehr "Tag der Verkehrswirtschaft" und 3 kleinere Veranstaltungen zu aktuellen Verkehrsthemen, Austauschformat für Unternehmen der Bau- und Immobilienwirtschaft zu aktuellen Themen bereitstellen
- Konjunkturdaten erheben und veröffentlichen, Handlungsempfehlungen für Akteure ableiten, Umsetzung überprüfen („monitoren“)
- Wirtschaftliche und demografische Entwicklung in Berlin-Brandenburg analysieren und verbessern
- Wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen (in verschiedenen Formaten, z. B. "Berlin im Blick", "Berliner Wirtschaft in Zahlen")

Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort.

Berlin verteidigt seit Jahren den Titel der Gründerhauptstadt Deutschlands. Dieser „Titel“ ist nur dann etwas wert, wenn die Gründungen in der Hauptstadt nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich sind, d.h. nach der Gründung wachsen und so einen Mehrwert für die Berliner Wirtschaft schaffen.

Für beides, Gründung und Wachstum, benötigen Unternehmer Auskünfte vor allem zum formellen Gründungsprozess, zu Förderinstrumenten und Netzwerken. Die IHK Berlin wird hier mit Informationen und Beratung Orientierung geben.

Gleichzeitig setzt die IHK Impulse zur gezielten Verbesserung des Berliner Gründungsökosystems, um insbesondere im internationalen Vergleich das Gründungsgeschehen weiter zu stärken. Dabei messen wir uns mit London und Tel Aviv, fokussieren uns jedoch gleichzeitig darauf, die Einzigartigkeit des Berliner Ökosystems herauszuarbeiten und zu unterstützen. Hierfür kann die IHK im Interesse der Unternehmen eigene Angebote entwickeln oder die Umsetzung von Vorschlägen bei Partnern, Verwaltung und Politik fordern.

Die Dienstleistungen der IHK zur Unterstützung im Gründungsprozess richten sich sowohl an klassische Gründer als auch an Start-ups.

Maßnahmen

- Mit Stakeholdern der Gründerszene vernetzen, um Standortbedingungen für Gründer zu verbessern
- Gründer und werdende Start-ups durch Informationen, Netzwerkveranstaltungen und Gründerinitiativen aktiv unterstützen
- Gründergeist an Schulen mit der Initiative „Ich mach mich selbständig“ fördern

- Partnering-Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen
- Weiterbildungsbedarf von Start-ups ermitteln und passende Weiterbildungsangebote entwickeln
- Überprüfung und ggf. Anpassung des IHK-Angebotsportfolios im Nachfolgeprozess und dessen zielgruppengerechte Vermarktung
- Unternehmen bei ausländerrechtlichen Fragestellungen unterstützen
- Willkommenskultur für Berlin verbessern (z.B. Herausarbeiten der Pain Points, Entwicklung einer digitalen Lösung als "Fahrplan" im Ankommensprozess, Koordinierung/Kooperation anderer wichtiger Institutionen im Ankommensprozess in Berlin)
- Unternehmen bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen

Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen.

Um innovative Ideen reifen zu lassen und auch weiterzuentwickeln und um Gründungs- und Wachstumspotenziale zu nutzen, brauchen Unternehmen im richtigen Augenblick die passenden finanziellen Mittel. Innovationsbereitschaft, Kreativität und Wachstumsimpulse dürfen nicht an fehlenden Mitteln und mangelnden Anreizen scheitern. Dafür wird die IHK das Angebot am Markt analysieren, Lücken in der Bedarfsdeckung für Berliner Unternehmen identifizieren und gemeinsam mit potenziellen privaten und öffentlichen Kapitalgebern an Lösungen arbeiten. Gegenüber Fördermittelgebern vertritt die IHK die Interessen ihrer Mitglieder.

Grundsätzlich setzt sich die IHK dafür ein, dass Förderung und Finanzierung an der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin ausgerichtet sind; dauerhafte Subventionen und Förderung mit der Gießkanne müssen vermieden werden. Wir wollen, dass alle Unternehmen mit einem optimalen Angebot, einem leichten Zugang und transparenten Verfahren der kürzeste Weg zur passenden Finanzierung offen steht.

Maßnahmen

- Finanzierungsbedingungen für Berliner Unternehmen untersuchen und ggf. Maßnahmen und Forderungen für die Politik ableiten
- Rahmenbedingungen für Finanzierung durch Stellungnahmen und Gremienarbeit mitgestalten
- Berliner Wirtschaft durch Stellungnahmen gegenüber Fördermittelgebern unterstützen
- Unternehmen gezielt zu Finanzierung und Förderung informieren
- Ausschöpfungsgrad der Förderprogramme beobachten und ggf. eine Umschichtung bzw. aktive Vermarktung vorantreiben
- Wirtschaftsförderung, Fördermittelvergabe und -verteilung von sachfremden Kriterien freihalten

Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute als Vorbild: Mehr Unternehmen übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.

Nachhaltiges unternehmerisches Engagement ist ein Wachstumstreiber und bietet vielfältigen Handlungsspielraum für Unternehmen, um auf sich ändernde gesellschaftliche Anforderungen engagiert und betriebswirtschaftlich vernünftig reagieren zu können. Gesellschaftliches Engagement kann dabei im Rahmen einer CSR-Strategie als Managementmethode verankert sein, oder ganz im Selbstverständnis eines „Ehrbaren Kaufmannes“ von der Unternehmerpersönlichkeit gelebt werden. Nachhaltiges Engagement bietet damit Möglichkeiten, sich am Markt zu differenzieren und sich über gute Publicity Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Mit der „Wahrung von Anstand und Sitte eines ehrbaren Kaufmannes“ hat die IHK-Organisation durch § 1 IHK-Gesetz den Auftrag, ein wertegeleitetes und nachhaltiges Unternehmertum zu unterstützen.

Die IHK unterstützt, informiert und fördert den Austausch zum gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen mit Veranstaltungen, Publikationen und ausführlicher Netzwerkarbeit. Mit der ehrenamtlichen CSR-Sprecherin hat die IHK Berlin eine sichtbare Institution geschaffen, die die Bedeutung des Themas in der Kammer und für die Berliner Wirtschaft verdeutlicht. In der IHK-Organisation setzen wir uns dafür ein, dass der freiwillige Charakter von CSR-Maßnahmen gewahrt bleibt.

Maßnahmen

- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, um Mitglieder bei Einhaltung rechtlicher Vorgaben zu unterstützen
- Handlungsempfehlungen an die Politik formulieren und adressieren, um der Berliner Wirtschaft die Übernahme gesellschaftlichen Engagements durch unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen zu erleichtern
- Leitbild der Ehrbaren Kaufleute intern und extern umsetzen und dessen Akzeptanz in der Berliner Unternehmerschaft erhöhen, in 2017 unter anderem mit einer Weiterführung des CSR-Forums als Format für den unternehmerischen Austausch

II. Infrastruktur und Stadtentwicklung

Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Infrastruktur und verbessert die Professionalität der Planung und Realisierung (Zeit- und Kostenansatz) neuer Bauprojekte.

Zuzug und Wirtschaftswachstum bedeuten in den nächsten Jahren steigende Wohnraum- und Verkehrsnachfrage. Dies bedarf zügig und realistisch geplanter Lösungen im Hochbau (z.B. Wohnungen) und im Tiefbau (z.B. Straßen und Brücken, Schienenverbindungen).

Die IHK wird durch Veranstaltungen, Positionspapiere, in Gremien und weiterer politischer Lobbyarbeit die Umsetzung regionaler, überregionaler und internationaler Verkehrsprojekte (ÖPNV - A100 - TVO - SOV - BER - Schienenverbindungen - Wasserstraßen) vorantreiben und sich für die Qualifizierung der Verkehrsorganisation einsetzen. Bei der Entwicklung bestehender und neuer Wohnquartiere und stadtpprägender Standorte wird sich die IHK Berlin für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wird sich die IHK in grenzüberschreitenden Standortkooperationen (z.B. Kammerunion Elbe Oder, North-South-Initiative, etc.) engagieren, um die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Verkehrsprojekten zu verbessern.

Maßnahmen

- Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der Erstellung des Stadtentwicklungsplans Verkehr vertreten
- Durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher) vertreten
- Durch Mitwirkung in den Gremien der Stadt sowie durch eigene Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Interessen der Wirtschaft bei herausragenden Bauten und Standorten (Historische Mitte, ICC) vertreten
- Vorschläge für wirtschaftsfreundliches Baunebenrecht sowie zur Beschleunigung des Wohnungsbaus (z.B. beim kooperativen Baulandmodell, der Vergabe öffentlicher Flächen, der Mietpreisbremse und zu Abstandsflächen) erarbeiten

Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich, um Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen zu erhöhen und auch den Bestand zu sichern.

Vorgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung wirken sich oft direkt oder indirekt auf die Möglichkeiten von Unternehmen aus, sich an Standorten anzusiedeln oder zu verändern. Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Das wird vor dem Hintergrund einer prosperierenden Stadt immer wichtiger, denn der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum verschärft den Wettbewerb um Flächen in der Stadt. Daraus erwachsene Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen.

Die IHK setzt sich für eine möglichst konfliktfreie Sicherung und Steuerung des Bestandsschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen von Unternehmen in ganz Berlin ein. Voraussetzung hierfür ist ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmonitoring und -management. Um unternehmerische Investitionsentscheidungen in Berlin zu sichern, müssen positive Standortbedingungen (weiter-)entwickelt werden. Die IHK fordert daher ein verlässliches, transparentes und verkürztes Verwaltungshandeln, inklusive

eines wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutzes ein. Hierfür sollen geeignete Partizipationsprozesse die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft in relevante Planungsprozesse und Förderentscheidungen ermöglichen. Die IHK tritt für die wirtschaftsfreundliche Verwendung von Städtebauförderung und die Förderung öffentlich-privater Kooperationen ein.

Maßnahmen

- Innovative Lösungen für Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Unternehmen sowie Wohnnutzung finden und durch geeignete Maßnahmen in den Berliner Bezirken zur Anwendung bringen
- Gesamtinteresse der Wirtschaft bei der Einführung des neuen Berliner Gewerbeflächen-Monitorings vertreten
- Initiative zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten von gewerblichen Bauanträgen und zum wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutz starten

Ziel: Gewerbe- und Industriestandorte sind mit allen Verkehrsmitteln erreichbar und bieten mehr nutzbare Flächen sowie größeren Handlungsspielraum für mehr Innovation und wirtschaftliches Wachstum.

Investitionsentscheidungen werden in Industrieunternehmen häufig in einem klar festgelegten Zeitraum getroffen. Daher erwarten Investoren eine zügige Umsetzungsmöglichkeit ihrer Pläne und langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Standortentwicklung und Erreichbarkeit für den Personen- und Güterverkehr.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die wichtigen Industrie- und Gewerbeflächen profiliert und dazu konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden. Dabei sollen vor allem auch Standorte entwickelt werden, an denen Wirtschaft und Wissenschaft Synergien nutzen.

Um das Wachstum auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu meistern, müssen hier Kapazitäten effizienter genutzt und bei Bedarf erweitert werden. Für eine gute Erreichbarkeit der Industrie- und Gewerbeflächen müssen gemeinsam mit den Unternehmen und Standorten gesamtstädtische und mit Brandenburg abgestimmte Konzepte entwickelt werden.

Maßnahmen

- Kataloge mit konkreten Maßnahmen für die einzelnen Gewerbestandorte mit den ansässigen Unternehmen und der Verwaltung entwickeln und deren Umsetzung begleiten
- Das Positionspapier für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ergänzen, um aufzuzeigen welche Verkehrsprojekte für die Berliner Wirtschaft wichtig sind und deshalb prioritär umgesetzt werden müssen
- Ein neues Berliner Wirtschaftsverkehrskonzeptes gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Unternehmen aller Branchen erarbeiten
- Interessen der Unternehmen im neuen Runden Tisch für Schwerlasttransporte vertreten, um z.B. die Etablierung eines Routennetzes zu erreichen, in welches durch das Land bei anstehenden Instandhaltungen vorrangig investiert wird

Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft.

Innovativ, nachhaltig, intelligent – diese Attribute stehen aus Sicht der Wirtschaft für ein smartes Berlin der Zukunft. Ein Berlin, das den Herausforderungen des Klimawandels und der demografischen Entwicklungen zukunftsfähige Lösungen entgegensetzt und die das Leben der Menschen erleichtern. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Einsatz digitaler Technologien. Berlin muss hier auf seine bestehenden Kompetenzen aufbauen, wobei die Berliner Wirtschaft durch ihre Innovationskraft eine entscheidende Triebfeder des bereits angestoßenen Prozesses ist.

Die IHK Berlin wird sich deshalb dafür einsetzen, Berlin zu einer Pilotstadt für Smart Solutions zu entwickeln und mehr Smartness beispielsweise in Verkehrs-, Versorgungs- und sozialer Infrastruktur zu erreichen. Wichtig ist, dass Smart-City-Lösungen, die Berliner Unternehmen bereits entwickelt haben, auch in Berlin gezeigt und angewendet werden. Dazu brauchen wir einen regelmäßigen Mittelstandscheck, z.B. um sicherzustellen, dass bei Ausschreibungen für Smart Solutions auch Mittelständler eine Chance haben.

Die IHK Berlin wird sich auch dafür engagieren, dass das Land Berlin mit seinen Beteiligungsgesellschaften zum Vorreiter smarter Governance-Strukturen wird und bei der Anwendung von Smart Solutions bei öffentlichen Vergaben und Stadtentwicklungsprozessen vorangeht. Die Bürger müssen aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Maßnahmen

- Vorschläge zur Neuaufstellung des Stakeholdermanagements des Smart-City-Netzwerkes unterbreiten, damit dort geeignete Unternehmen mitwirken können
- Die Integration der Elektromobilität in das Berliner Verkehrssystem begleiten und gegenüber Politik und Verwaltung auf eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung hinwirken

Ziel: Berlin hat in allen Bezirken profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, die attraktive Orte zum Arbeiten und Leben sind.

Berlin ist eine polyzentrale und lebendige Stadt. Neben den Zentrumsbereichen in der historischen Mitte sowie in der City West lebt Berlin von dem besonderen Charakter seiner Kieze. Diese Besonderheit macht Berlin attraktiv für seine Einwohner sowie die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland. Um diese Vielfalt besser erlebbar zu machen, gilt es punktuell und stadtweit Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit und der strukturellen Ausgestaltung anzuwenden.

Die IHK setzt sich dafür ein und wirkt daran mit, dass in auf Landesebene und in den Bezirken die konzeptionelle Grundlage geschaffen wird, um die Berliner Standorte in ihren Besonderheiten zu stärken und eine gute Basis für unternehmerisches Handeln darzustellen. Hierbei unterstützen wir sowohl Politik und Verwaltung und stehen den Unternehmen beratend zur Seite.

Um auch in Zukunft für alle die gute Erreichbarkeit der Quartiere sicherzustellen, muss der öffentliche Raum an die Anforderungen der Wirtschaft sowie an neue Mobilitätskonzepte angepasst werden.

Maßnahmen

- Neue Mobilitätskonzepte mitentwickeln und deren Umsetzung durch die Bezirke begleiten (z.B. bei SharedSpaces, CarSharing, Fahrradfreundlichkeit, Reisebusse, Barrierefreiheit)
- Hinsichtlich der attraktiven Erreichbarkeit von Quartieren Unternehmensinteressen durch Veranstaltungen und Befragungen aufgreifen (z.B.: ÖPNV-Haltestellen, Vermeidung eines

undifferenzierten Zurückdrängens des Autoverkehrs und Einführung der Blauen Plakette, Weiterbau der A100, Nahverkehrsabgabe) und gegenüber der Politik und Verwaltung durchsetzen

- Übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren initiieren (z.B. durch den PPP-Wettbewerb Mittendrn Berlin)
- Neukonzipierung des IHK-Online-Gewerbemietenservice

III. Haushalt und Wettbewerb

Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt.

Ein gesunder öffentlicher Haushalt ist die Basis für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Berlin. Er ermöglicht notwendige Investitionen in Infrastruktur und Bildung, versetzt das Land in die Lage, seine Aufgaben zu finanzieren und damit zu erfüllen und schafft wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume.

Die Aufstellung eines ausgeglichenen Berliner Haushalts ist das finanzpolitische Minimalziel der IHK Berlin. Sie setzt sich darüber hinaus für eine Steigerung des positiven Finanzierungssaldos im Berliner Haushalt ein, da dadurch die finanzpolitischen Spielräume größer werden. Gerade in Zeiten finanzieller Handlungsspielräume ist es wichtig, mit zukunftsgerichteten Haushaltsentscheidungen die Voraussetzungen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu schaffen.

Daher tritt die IHK Berlin gegenüber der Berliner Politik auch für eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote ein, die sich rasch dem bundesdeutschen Durchschnitt nähern sollte. Dafür überzeugt die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung mit finanzpolitischen Argumenten, zeigt Konsequenzen einer verfehlten Investitionspolitik auf und unterbreitet eigene Vorschläge zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben.

Der hohe Schuldenstand Berlins belastet gegenwärtig und zukünftig den Landeshaushalt. Die IHK Berlin unterstützt den Berliner Senat in den Bestrebungen, den Schuldenstand des Landes zu reduzieren. Sie ist kritischer Mahner bei unzureichender Schuldentilgung und macht sich gegenüber dem Bund für eine angemessene Altschuldenregelung stark.

Maßnahmen

- Nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern, in 2017 insbesondere durch die Positionierung der IHK zu den Wirkungen einer wachstumsorientierten Investitionspolitik
- Haushaltspolitik des Landes kritisch begleiten, in 2017 insbesondere Vorschläge für eine zukunftsfähige Ausgabenpolitik erarbeiten

Ziel: Steuererhöhungen verhindern - Steuererhebung vereinfachen!

Eine kluge Steuer- und Abgabepolitik ist für die Finanzen des Staates essentiell. Sie sichert zu großen Teilen die Einnahmen des Staates und ermöglicht damit eine zukunftsgerichtete Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand.

Die IHK Berlin setzt sich für eine Steuer- und Abgabepolitik ein, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft berücksichtigt. Die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern oder Abgaben sind an diesem Maßstab zu messen und auszurichten.

In Gesprächen mit Politik und Verwaltung stellt sich die IHK Berlin dabei nicht nur gegen unnötige Steuer- und Abgabentatbestände, sondern tritt auch für ein einfaches, rechtssicheres und wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabenrecht ein. Dazu unterbreitet die IHK Berlin nicht nur Vereinfachungsvorschläge auf regionaler Ebene, sondern wirkt über den DIHK auch an bundespolitischen Steuergesetzen mit. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner bzw. deutschen Wirtschaft bildet hierfür die Richtschnur des Handelns.

Maßnahmen

- Das Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei fiskalisch motivierten Entscheidungen der Landespolitik vertreten – in 2017 insbesondere zu den Themen: Gewerbesteuer,

Grundsteuer, Grunderwerbsteuer, Einführung neuer Bagatellsteuern und Abgaben (z.B. Grundsteuer C, Zweitwohnungssteuer)

- Steuerpolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen – in 2017 insbesondere zu den Themen: BEPS(-Umsetzungsgesetze), umsatzsteuerliche Organschaft, Neuordnung der Reihengeschäfte, Tax Compliance, Digitalisierung des Steuerrechts, Gerechtigkeitsdebatte, Wiedereinführung der Vermögensteuer

Ziel: Die Unternehmerische Freiheit wächst wieder.

Die IHK Berlin steht für freien und fairen Wettbewerb. Der freie Wettbewerb ist das zentrale Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft. Er fördert Innovationen und Produktivitätssteigerungen, setzt die richtigen Anreize und verbessert die Konsumentenversorgung. Wettbewerb ist Voraussetzung für die Selbstregulierungskräfte des Marktes.

Aufgabe des Staates ist es, den Wettbewerb durch eine funktionierende Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Rechtliche Einschränkungen sind nur dort erforderlich, wo die Selbstregulierung des Marktes nicht greift, der Markt versagt oder Gefahren für die Marktteilnehmer drohen. Damit die unternehmerische Freiheit wieder wächst, wird die IHK Berlin überflüssigen Markteingriffen (insbesondere bei übertriebenem Verbraucherschutz) entgegentreten und sich für wirtschaftsfreundliche Regulierungen und deren effektiven Vollzug einsetzen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, den Wettbewerbsrahmen fair auszufüllen. Gesetzliche Einschränkungen sind überflüssig, wenn sich Unternehmen auch ohne sie anständig verhalten und die Spielregeln beachten. Die IHK Berlin unterstützt Unternehmen dabei, sich wettbewerbskonform zu verhalten und Konflikte mit Wettbewerbern fair zu lösen. Deshalb berät sie zu Rechts- und Steuerfragen, macht Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stellt mit ihren öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen hochwertige Expertise zur Klärung von strittigen Sachfragen bereit. Gleichzeitig setzt sich die IHK Berlin für den Rechts- und Gerichtsstandort Deutschland ein.

Der Staat soll grundsätzlich selbst kein Marktteilnehmer sein und sich nicht am Wettbewerb beteiligen. Die IHK Berlin wendet sich deshalb gegen Verstaatlichungen. Gleichwohl ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft oder im öffentlichen Personennahverkehr, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen tätig. Die IHK Berlin setzt sich hier für mehr Wettbewerb und faire Spielregeln zwischen Staat und Privat ein.

Maßnahmen

- Rechtspolitische Rahmensetzung durch das Land Berlin verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen – in 2017 insbesondere zu den Themen: Gewerberecht, Zuständigkeiten bei neuen Aufgaben (z.B. aus dem Gewerberecht), Aufenthaltsrecht, Verbraucherrecht, Vergaberecht, Datenschutz
- Rechtspolitische Rahmensetzung durch EU und Bund verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen – in 2017 insbesondere zu den Themen: neue gewerberechtliche Regelungen, CSR-Richtlinie, EU-Binnenmarktstrategie, Regelungen im Handels- und Gesellschaftsrecht (u.a. Einführung kleine Genossenschaft, Frauenquote, Harmonisierung GmbH), Insolvenzrecht, Aufenthaltsrecht, Wettbewerbsrecht, Vertragsrecht, Arbeitsrecht, Verbraucherrecht, Regelungen zum E-Commerce, Vergaberecht, Umsetzung der EU-Datenschutz-Grund-VO
- Berliner Beteiligungsbericht kritisch prüfen und Fehlentwicklungen bei den Landesbeteiligungen aufzeigen

IV. Standortfaktor Verwaltung

Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt.

Wertschöpfung am Standort Berlin darf nicht an ineffektiven Strukturen in der Verwaltung scheitern. Wir wollen erreichen, dass allen Unternehmen - durch eine optimale Angebotsstruktur, einen leichten Zugang und transparente Verfahren - der kürzeste Weg zur Berliner Verwaltung offen steht. Wie also wird aus der Berliner Verwaltung ein echter Service Dienstleister für die Stadt?

- Dafür bedarf es einer einheitlichen Ämterstruktur, einheitlichen Verwaltungshandelns und einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen.
- Dafür bedarf es auch eines nachhaltigen und zukunftsorientierten Personalmanagements in den Behörden, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Unternehmen benötigen Ansprechpartner in den Berliner Ämtern, die sich nicht in erster Linie als Behördenvertreter, sondern vielmehr als fachlich qualifizierte Dienstleister verstehen. Nur mit einer grundsätzlichen Willkommenskultur, die durch die Verwaltung vorgelebt wird, kann Berlin als Standort attraktiv für Unternehmen und Bürger bleiben.
- Dafür bedarf es schließlich einer modernen Verwaltungsinfrastruktur. Die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnik unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden stellt für die Berliner Wirtschaft einen erheblichen Mehrwert dar. So bietet etwa die Digitalisierung von Prozessen, um Behördengänge elektronisch abwickeln zu können, enorme Entlastungsmöglichkeiten für Unternehmen.

Die IHK setzt sich deshalb grundsätzlich dafür ein, dass Unternehmen eine moderne Struktur in der Berliner Verwaltung vorfinden. Dafür ermittelt die IHK Berlin Schwachstellen im Verwaltungsaufbau, erarbeitet und unterbreitet Lösungsvorschläge aus Sicht der Berliner Wirtschaft. Die IHK Berlin macht sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen stark.

Die Umsetzung der Berliner E-Government-Strategie, des Berliner E-Government-Gesetzes (sobald verabschiedet) und des Modernisierungsprogramms „ServiceStadtBerlin 2016“ muss konsequent erfolgen – genauso wie die flächendeckende Umsetzung bekannter und doch bislang verzögerter Projekte, wie z.B. der E-Akte oder die zur Verfügung Stellung der wichtigsten wirtschaftsrelevanten Dienstleistungen als Online-Prozesse.

Maßnahmen

- Vorschläge für strukturelle Verbesserungen in der praktizierten Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen herausarbeiten und adressieren
- Handlungsempfehlungen zur technischen Modernisierung der Berliner Verwaltung formulieren und adressieren sowie die Aufnahme in entsprechende Programmatik (z.B. Berliner E-Government-Strategie, Modernisierungsprogramme) vorantreiben
- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen, wie z.B. strategische Personalplanung und -steuerung, Servicequalität, Know-How-Transfer oder Gesundheitsmanagement begleiten

Ziel: Selbstverwaltungsaufgaben werden unternehmensfreundlich ausgestaltet und umgesetzt.

Unternehmen erwarten von der Berliner Verwaltung zügige, transparente und medienbruchfreie Verwaltungsverfahren. Einen Teil dieser Verfahren erledigt die IHK in Selbstverwaltung: Aus- und Weiterbildung, Sachkundeprüfungen, Sachverständigenbestellung, Stellungnahmen in Handelsregistersachen für die Ausländerbehörde und in Gewerbeuntersagungsverfahren etc.

Die IHK erledigt Selbstverwaltungsaufgaben praxisnäher, effizienter und qualitativ besser als die klassische Verwaltung. Sie führt diese Verfahren wirtschaftsnah durch und steigert kontinuierlich den Grad der Digitalisierung. Die Übertragung neuer hoheitlicher Aufgaben auf die IHK bedarf stets einer kritischen Prüfung darauf, ob diese für die Erledigung in Selbstverwaltung geeignet sind.

Maßnahmen

- Alle Sach- und Fachkundeprüfungen (14), Unterrichtungen (3) und Erlaubnisverfahren Versicherungsvermittler, Registrierungsverfahren Versicherungsvermittler, Finanzanlagenvermittler, Honorar-Finanzanlagenberater, Immobiliendarlehensvermittler rechtssicher durchführen
- Prüfer durch entsprechende Schulungen in ihren sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen ausreichend qualifizieren und weiterbilden
- Bei der Einführung neuer Sachkundeprüfungen (z. B. für Immobilienmakler und Wohneigentumsverwalter) in den verschiedenen Gremien der IHK-Organisation sich für die rechtssichere Umsetzung einsetzen
- Bestellungsverfahren Sachverständige: Medienbruchfreie Prozesse für die Benennung und öffentliche Bestellung von Sachverständigen einführen
- Widerrufe der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen
- Gewerbeuntersagungen: De-Mail für die Korrespondenz mit den Gewerbeämtern einführen
- Einsatz für die weitere Digitalisierung des Erlaubnisverfahrensprozesses (auch gegenüber Bundesämtern über den DIHK) - u.a. Verzicht auf Unterschrift auf Antragsformular

V. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt

Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion.

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung. Der Weg ins Studium oder zu höheren schulischen Abschlüssen erscheint vielen Schülern am Ende ihrer regulären Schulzeit attraktiver. Bei Berliner Unternehmen hingegen ist die Nachfrage nach dual ausgebildeten Fachkräften ungebrochen. Vor allem in sogenannten Engpassberufen wachsen somit die Probleme bei der Stellenbesetzung. Es besteht die Gefahr, dass am Bedarf der Wirtschaft vorbei qualifiziert wird.

Die IHK Berlin setzt sich deshalb dafür ein, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Sie wirbt bei Betrieben und potenziellen Bewerbern für die berufliche Ausbildung und wirkt durch Marketingmaßnahmen und politische Interessenvertretung auf eine positivere Wahrnehmung der Ausbildung in der Gesellschaft hin. Sie entwickelt und bewirbt Angebote, die die berufliche Ausbildung für Teilzielgruppen attraktiver machen. Sie unterstützt Betriebe bei deren eigenem Ausbildungsmarketing und verhilft Ihnen, z.B. durch die Auszeichnung besonderer Leistungen, zu mehr Aufmerksamkeit unter potenziellen Bewerbern.

Für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben setzt sie sich hohe Qualitätsstandards und trägt durch kompetente Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sowie professionell durchgeführte Prüfungen zum positiven Image der Ausbildung bei. Gleichzeitig macht sie sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und ihren dualen Partnern, den Berufsschulen, stark.

Maßnahmen

- Ausbildungsverträge prüfen und registrieren
- Ausbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen
- IHK-Siegel für exzellente Ausbildungsqualität verleihen
- Auszubildende zum Thema Ausbildung beraten und betreuen
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen
- Maßnahmen zur Imageverbesserung der dualen Ausbildung erarbeiten, Azubimarketing durchführen
- Angebote für leistungsstarke Schüler, Auszubildende und Studienaussteiger weiterentwickeln und umsetzen
- Bildungsprojekte begleiten und evaluieren, um die Fachkräftesicherung, den Wissenstransfer sowie die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung in Berlin zu verbessern
- Eine gute Berufsbildungspolitik einfordern; Interessen der Ausbildungsbetriebe in die Gremien des Landes Berlin (LAB, Soko etc.) einbringen und z.B. darauf hinwirken, dass die in der Koalitionsvereinbarung verankerte Ausbildungsplatzabgabe nicht eingeführt bzw. auf weitere Branchen ausgeweitet wird
- Interessen der Berliner Wirtschaft in die Projektgruppe „Weiterentwicklung und Stärkung beruflicher Schulen und Oberstufenzentren“ (ProwebeSO) einbringen und durch eine Reform des Berliner Übergangsystems auf mehr gelingende Einmündungen in die duale Ausbildung nach Schulabschluss hinwirken
- Konzept für eine zielgerichtet Ansprache entwickeln und umsetzen, um inaktive Ausbildungsbetriebe für die Ausbildung zu gewinnen
- Verbundausbildung bekannter machen, um die Anzahl der Ausbildungsbetriebe zu erhöhen

Ziel: Alle Berliner Schulabgänger sind ausbildungsreif.

Berliner Schulabgängern mangelt es zu häufig an der für den Berufseinstieg nötigen Ausbildungsreife. Viele Schüler kennen nur einen Bruchteil der über 300 Ausbildungsberufe und haben sich bis zum Ende ihrer Schulzeit nur unzureichend mit ihrer persönlichen Berufswahl auseinandergesetzt. Für Berliner Betriebe wird es deshalb immer schwieriger, geeignete Bewerber für ihre Ausbildungsplätze zu finden. Das sogenannte Mismatch wächst: Auf der einen Seite können etliche Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, auf der anderen Seite steigt die Zahl der unversorgten Bewerber.

Die IHK Berlin setzt sich deshalb für eine bessere Berufsorientierung an den Berliner Schulen ein. Sie vertritt die Interessen der Wirtschaft gegenüber dem Berliner Senat, indem sie die Stärkung der Berufsorientierung an den Schulen einfordert und sich in die Erarbeitung entsprechender bildungspolitischer Reformen aktiv einbringt.

In der Praxis unterstützt die IHK Berlin Schulen und Unternehmen bei der Umsetzung einer wirtschaftsnahen Berufsorientierung durch verschiedene Projekte, Veranstaltungen, Messen und Aktionen. Sie vermittelt Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen und berät diese bei der Durchführung gemeinsamer Projekte. Sie bietet Informationen und Beratung zur Durchführung von Praktika an und stellt mit der IHK-Lehrstellenbörse eine Plattform zur Veröffentlichung von Praktikumsangeboten zur Verfügung. Um auch den Lehrkräften Eindrücke aus der betrieblichen Praxis zu ermöglichen, vermittelt sie Plätze für Lehrkräftepraktika. Mit Blick auf die wachsenden Fachkräftelücken in den sogenannten MINT-Berufen fördert sie mit dem Projekt „Haus der kleinen Forscher“ Technikneugier und –begeisterung schon im Vorschulalter.

Maßnahmen

- Projekte und Aktionen zur Stärkung der Berufsorientierung durchführen (z.B. Talente Check, Girls' Day, Partnerschaft Schule-Betrieb) sowie politisch für eine bessere Berufsorientierung in Berlin einsetzen
- Projekte und Aktionen zum Einwerben von Praktikumsplätzen umsetzen
- Vorteile und Nutzen von Praktika für Lehrkräfte herausstellen und kommunizieren
- Netzwerk Haus der kleinen Forscher ausbauen: bei Kitas auf 1.000, bei Horten und Grundschulen auf 240 steigern

Ziel: Alle Berliner Schulabgänger, die sich für eine Karriere mit Lehre entscheiden, treten ohne schulische Umwege einen betrieblichen Ausbildungsplatz an.

Berliner Schulabgänger stehen vor der Entscheidung, auf welchem Weg sie in das Berufsleben starten. Neben beruflicher Ausbildung und Studium bietet die Berliner Bildungslandschaft noch immer ein Überangebot an subsidiären Maßnahmen. In dieses sogenannte Übergangssystem von schulischen Berufsvorbereitungs- und Ausbildungsmaßnahmen geht ein erheblicher Anteil der Berliner Schulabgänger ein. Gleichzeitig wächst die Herausforderung der Berliner Ausbildungsbetriebe, geeignete Bewerber für die betriebliche Ausbildung zu finden.

Die IHK Berlin setzt sich deshalb dafür ein, dass Schulabgänger ohne Umwege in die betriebliche Ausbildung gelangen. Auf politischer Ebene fordert sie eine bessere Koordination der subsidiären Bildungsangebote, ausgerichtet am tatsächlichen Bedarf auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Sie beteiligt sich an strukturellen Reformprozessen wie der Einführung der Jugendberufsagentur und des Landeskonzeptes für Berufsorientierung und wirkt so auf eine effektivere Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf hin.

Die IHK Berlin setzt sich auch im unmittelbaren Kontakt mit Unternehmen und (potenziellen) Auszubildenden für den direkten Übergang von der Schule in die duale Ausbildung ein. Sie bietet persönliche Beratungen sowohl für Unternehmen als auch für Bewerber an und vermittelt im „Matching“-Prozess. Auf Messen und Veranstaltungen bringt sie Unternehmen und Ausbildungsinteressierte zusammen. Die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern wie der Agentur für Arbeit oder der Handwerkskammer stellt den Erfolg der Maßnahmen auch in der Breite sicher. Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Übergangs in die betriebliche Ausbildung werden auch die von der Berliner Wirtschaft geförderten Bildungsprojekte leisten.

Maßnahmen

- Arbeit der Jugendberufsagentur fortlaufend begleiten und auf die Umsetzung der bildungspolitischen Zielsetzung – effektive Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf zu sein – im Austausch mit den beteiligten Partnern hinwirken
- Ausbildungsmessen durchführen (Last Minute Börse, Studienaussteigermesse), evaluieren und ggf. neue Ansätze erproben wie z.B. die Vermittlungsmesse „Jobsnap“
- Angebot der Passgenauen Besetzung ausbauen und weitere Bewerbergruppen gewinnen
- Studienaussteigerprojekt Your Turn auf weitere Berufe ausdehnen, Studienaussteigermesse durchführen
- Gezielt Plätze für Einstiegsqualifizierungen einwerben, auch für geflüchtete Menschen
- Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz für Menschen mit Vermittlungshemmnissen durch die gezielte Beratung von Unternehmen und Politik erhöhen

Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung.

Der Fachkräftemangel ist in vielen Betrieben bereits Realität: Ausbildungsplätze bleiben länger unbesetzt und spezialisierte Fachkräfte sind schwer zu finden. Für eine zukunftsfähige Personalpolitik ist daher der unternehmerische Weitblick unabdingbar, der sowohl die Personalentwicklung im eigenen Unternehmen als auch die Entwicklung des Fachkräftemarktes verfolgt. Unternehmen profitieren also davon, wenn sie ihren Fachkräftebedarf heute und in Zukunft verlässlich einschätzen können. Um für diesen Bedarf Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden, muss sich das Unternehmen als guter und mitarbeiterorientierter Arbeitgeber positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin gezielt Informationen und Angebote bereitstellen, hierzu gehören insbesondere das Fachkräfteportal Berlin mit dem IHK-Fachkräftemonitor und dem IHK-Demografierechner. In Veranstaltungen und Publikationen werden Teilaspekte der Fachkräftesicherung insbesondere für den Mittelstand thematisiert und dargestellt. Gute

Lösungen und Praxisbeispiele machen wir öffentlich und zeichnen diese aus. Gegenüber der Politik tritt die IHK für adäquate Rahmenbedingungen ein, die die Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft ermöglichen und fördern.

Maßnahmen

- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte beispielsweise durch Angebote des Business Welcome Service sowie der Anerkennungsberatung unterstützen
- Fachkräftesituation Berlins mit IHK-Fachkräftemonitor darstellen, interpretieren und veröffentlichen
- Netzwerk für den unternehmerischen Austausch zum strategischen Personalmanagement initiieren, Handlungsempfehlungen für Unternehmen formulieren, Gestaltungsvorschläge für Rahmenbedingungen ableiten und an die Politik adressieren
- Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Instrument der Fachkräftesicherung bei den Unternehmen werben, gute Beispiele auszeichnen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten
- Das Angebot an möglichen Teilqualifikationen weiter ausbauen und etablieren
- Zusammenarbeit mit bestehenden Frauennetzwerken intensivieren und Veranstaltungen anbieten, um den Austausch zu Entwicklungspotenzialen von weiblichen Führungskräfte zu ermöglichen und für mehr Frauen in Führungspositionen zu werben

Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich.

Trotz einer im Bundesländervergleich nach wie vor hohen Arbeitslosenquote, profiliert sich der Berliner Arbeitsmarkt zunehmend als „Jobgenerator“. Die Hauptstadt sticht durch einen beachtlichen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hervor. Unbefriedigend bleibt die nach wie vor hohe Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit. Diese Herausforderung gilt es durch gezielte Maßnahmen ebenso anzugehen wie die Integration von Personen mit Migrationshintergrund und Asylsuchender in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Die IHK Berlin analysiert, interpretiert und veröffentlicht regelmäßig Auswertungen zur Arbeitsmarktsituation Berlins. Auf dieser Grundlage, formuliert die IHK Berlin Handlungsempfehlungen, um den Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken und Schwarzarbeit zurück zu drängen. Ein Einfließen dieser Vorschläge in entsprechende Programme und Standpunkte des Senats, der Bundesagentur für Arbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure ist der Anspruch der IHK Berlin.

Maßnahmen

- Arbeitsmarktsituation Berlins darstellen, interpretieren sowie arbeitsmarktpolitische Forderungen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft ableiten
- Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Handlungsempfehlungen zur wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes formulieren, adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme (z.B. BerlinArbeit, Rahmen-Arbeitsmarktprogramm) sorgen
- Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung aus Unternehmensperspektive verbessern; dafür Hindernisse in Struktur und Ablauf des Asylverfahrens identifizieren, Verbesserungsvorschläge formulieren und gegenüber den Beteiligten adressieren sowie auf gemeinsame Umsetzung drängen

Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument.

Berufliche Erstausbildung ist für Berliner Unternehmen nach wie vor der Königsweg zur Fachkräftesicherung. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener Ausbildungsplätze gilt es jetzt, gute Rahmenbedingungen für berufliche Weiterbildung zu setzen und gleichzeitig ein Weiterbildungsbewusstsein und eine echte Weiterbildungskultur zu etablieren. Das kann nur gelingen, wenn den festgestellten Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

Die IHK Berlin setzt sich für einen freien und vielfältigen Weiterbildungsmarkt ein. Sie berät Unternehmen und Fachkräfte kompetent und neutral zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der klassischen Aufstiegsfortbildung führt sie hoheitliche Prüfungen durch, die Unternehmen und Fachkräften einen standardisierten und bundesweit anerkannten Rahmen für Kompetenzentwicklung bietet. Unter Einbindung des Ehrenamts stellt sie qualitativ einwandfreie und rechtskonforme Prüfungen auf hohem Niveau sicher und trägt damit direkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft bei.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert sie den Markt, greift Markttrends auf und bietet eigene Weiterbildungsangebote an, die Lücken schließen und dabei konsequent am Bedarf der Berliner Unternehmen ausgerichtet sind. Dabei achtet die IHK Berlin darauf, nicht in Wettbewerb zu den eigenen Mitgliedsbetrieben zu treten.

Maßnahmen

- Bedarf für Weiterbildungsprüfungen in Berlin fortlaufend analysieren
- Rechtskonforme, qualitativ hochwertige und serviceorientierte Durchführung der Weiterbildungsprüfungen sichern, Mitarbeiter und aktive Prüfer regelmäßig qualifizieren
- Lehrgänge und Seminare bedarfsgerecht weiter- und neuentwickeln und durchführen, dabei ausgewählte Lehrgangsangebote als blended-learning Format pilotieren
- Berufliche Weiterbildung als Aufstiegsmöglichkeit fördern

VI. Innovation, Technologie und Wissenschaft

Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren.

Die Innovationsstärke der Berliner Unternehmen setzt internationale Maßstäbe, schützt vor krisenbedingten Konjunkturschwankungen und schafft Wettbewerbsvorteile. Die IHK Berlin unterstützt innovative Unternehmen mit Informations- und Vernetzungsangeboten, damit diese Stärke weiter ausgebaut und die Position Berlin im Wettbewerb der Innovationsregionen behauptet wird.

Basis für diese Entwicklung ist ein ganzheitliches Innovationsmanagement, das in den Berliner Unternehmen fest verankert ist. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Politik diesen Prozess in den Unternehmen noch stringenter flankiert: Etwa indem sich Innovationspolitik und –förderung konsequent auf die Stärken in der Berliner Wirtschaft und Wissenschaft konzentriert, um die Potentiale optimal zu nutzen. Ein wichtiger Aspekt ist zudem die Realisierung von Leuchtturmprojekten und Best Practices im Stadtgebiet, die Berlin als Referenzstandort für Innovationen und Zukunftstechnologien international sichtbar machen und den Unternehmen das Etablieren neuer Produkte und Services am Markt erleichtern.

Maßnahmen

- Neue innovationsfördernde Angebote/Maßnahmen des Landes Berlin, z. B. Förderprogramme, Wirtschaftskonferenzen, digitale Plattformen, mit den innovationspolitischen Prüfsteinen der IHK Berlin auf Wirksamkeit überprüfen (Evaluierung); Optimierungsbedarfe identifizieren und mit den jeweiligen Federführern in Verwaltung/Politik/Förderinstitutionen diskutieren und umsetzen
- Innovationsrelevante Themen und deren Rahmenbedingungen in Berlin begleiten sowie; unter Einbeziehung von Politik und Wirtschaft weiterentwickeln
- Sprechstunde "Gewerbliche Schutzrechte" auf der Grundlage des spezifischen Informationsbedarfs der Unternehmen konzeptionell weiterentwickeln

Ziel: Hightech-Unternehmen wachsen in Berlin stärker als bisher und ihre Zahl nimmt zu.

Berliner Unternehmen sind überdurchschnittlich innovations- und technologieorientiert. Im Zuge der Digitalisierung werden immer mehr Wirtschaftszweige von modernen Technologien durchdrungen. Eine digitale Agenda für Berlin, die von allen Partnern gemeinsam getragen wird und die Vielzahl von Einzelaktivitäten in Berlin unter einem Dach vereint, baut auf dieser guten Ausgangsposition auf und nutzt sie konsequent. Die IHK Berlin wird sich für eine digitale Agenda einsetzen und besonderes Augenmerk darauf legen, dass der Schritt von der Planung in die Umsetzung vollzogen und auch die erforderlichen Grundlagen etwa durch bedarfsgerechten Infrastrukturausbau geschaffen werden.

Damit der Standort Berlin sein Profil weiter schärft, der Hightech-Sektor an Gewicht in der Berliner Wirtschaft gewinnt und Berlin zu einem international anerkannten Standort für Spitzentechnologien in Europa wird, bedarf es verlässlicher wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen und eines wachstumsfördernden Klimas für Hightech-Gründer und etablierte Unternehmen. Die IHK Berlin wird sich für eine breite Akzeptanz für neue Technologien in Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen einsetzen wie für funktionierende Netzwerke, auch für den Wissenstransfer.

Maßnahmen

- Bedeutung der (High-)Tech-Unternehmen und Innovatoren für die Berliner Wirtschaft – unter Berücksichtigung des Wissens- und Technologietransfers – darstellen sowie wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen zu ihrer Stärkung formulieren
- Analyse des Spitzentechnologiesektors inklusive des Gründungsgeschehens im Hightech-Bereich und daraus folgenden Handlungsbedarf ableiten, um Berlins Wettbewerbsfähigkeit in der (High-)Tech-Szene weiter auszubauen
- Netzwerke (Wirtschaft, Wissenschaft, Intermediäre) im Technologiesektor weiter ausbauen; Synergien mit anderen Intermediären nutzen und Potentiale bündeln
- Industrie 4.0 - Kompetenz von Berliner Unternehmen und Wissenschaft sichtbar machen; Anforderungen der Unternehmen an politische Rahmenbedingungen analysieren und adressieren; spezifische Veranstaltungsformate und Informationen konzipieren und anbieten, die den konkreten Unterstützungsbedarf der Unternehmen zur Bewältigung der Herausforderungen von Industrie 4.0 aufnehmen (in diesem Zusammenhang auch vollständige Integration von Industrie 4.0 auf marktreif.berlin)
- Hürden und Hemmnisse im Bereich der Nutzung von Big Data herausarbeiten sowie Verbesserung entsprechender Rahmenbedingungen (z. B. Open Data) adressatengerecht einfordern, um Chancen und Potentiale hieraus wirtschaftlich nutzbar zu machen

Ziel: Berlin gehört in Europa zu den TOP 3 Wissenschaftsstandorten, an denen aus Wissen Wachstum wird.

Die Berliner Wissenschaftslandschaft ist dicht und vielfältig und steht weltweit für Spitzenforschung und -lehre. Sie ist ein wichtiger Standortfaktor, von dem die Wirtschaft in vielfacher Hinsicht profitiert. Im nationalen und internationalen Wettbewerb wird diese Position der Berliner Wissenschaft weiter ausgebaut.

Die IHK Berlin wird sich für die notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen, damit die Berliner Hochschulen national und international sichtbar werden. Ziel ist es dabei, dass die Berliner Wissenschaft durch innovative Ansätze und neue Konzepte und Methoden noch stärker zum Schlüssel für Fachkräftesicherung und Innovationsfähigkeit der Berliner Wirtschaft und damit zum Treiber für die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadt wird.

Maßnahmen

- Verhandlungen zu den Berliner Hochschulverträgen 2018-2021 begleiten und auf die Stärkung des Wissenschaftsstandortes zum Nutzen der Berliner Wirtschaft hinwirken
- Umsetzung der Exzellenzstrategie beobachten und Verbundbewerbung der Berliner Universitäten unterstützen
- Programm "Innovative Hochschule" zur Förderung von Kooperationsprojekten von Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen
- Hindernisse für nachhaltige Finanzierung von Ausgründungsstellen analysieren und Lösungen entwickeln
- Gutachten zur Identifizierung vergleichbarer Wissenschaftsstandorte in Europa ausschreiben, beauftragen und fertigstellen sowie Handlungsempfehlungen für die Politik ableiten und kommunizieren
- Wissens- und Technologietransfer durch neue Ansätze und Formate fördern sowie Handlungsempfehlungen ableiten und kommunizieren

VII. Umwelt und Ressourcen

Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende.

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 zur klimaneutralen Stadt zu werden. Dieser Transformationsprozess, der sich in den Kontext der Energiewende in Deutschland einordnet, erfordert große Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei setzt sich die IHK dafür ein, dass energie- und klimapolitische Weichenstellungen die (Berliner) Wirtschaft nicht überlasten. Stattdessen gilt es, mit Hilfe marktwirtschaftlicher und technologieoffener Instrumente, verlässlicher Regularien und langfristig planbarer Investitionshorizonte die Potenziale der Wirtschaft so einzusetzen, dass die Energiewende und die Zielsetzung eines klimaneutralen Berlins zum Erfolg werden.

Die IHK wird sich für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Energiepolitik im Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strompreise und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind;
- das künftige Strommarktdesign sicher, kosteneffizient und unter Beibehaltung von Wettbewerb ausgestaltet wird;
- bei der Umsetzung der Energiewende in Berlin effiziente Management- und Organisationsstrukturen zum Tragen kommen.

Um diesen Prozess zu begleiten, wird die IHK Berliner Unternehmen dabei unterstützen, eigene Energieeffizienzpotenziale zu identifizieren, rechtzeitig auf regulatorische Veränderungen reagieren zu können und intelligente Energietechnologien auf den Markt zu bringen. Sie wird sich aktiv um die Einrichtung von überbetrieblichen Energieeffizienz-Netzwerken in Berlin bemühen, Angebote für den Aufbau von innerbetrieblichem Energie-Knowhow machen und Best-Practices in der Stadt aktiv kommunizieren.

Maßnahmen

- IHK-Modell zur Organisation der Energiewende in Berlin vorantreiben und bei Bedarf anpassen, in 2017 darauf hinarbeiten, dass das Modell zu einem energiepolitischen Kernprojekt der neuen Koalition wird
- Kompetenzaufbau und Fachqualifikation fördern, in 2017 Evaluation des zweiten Energie-Scout-Durchgangs und ggf. Start eines neuen Durchgangs
- Energiespezifisches Wissen durch zielgruppengerechte Informationsangebote, Veranstaltungen und Gesprächskreise für Unternehmen zur Verfügung stellen und Unternehmensaustausch fördern
- Fortschreibung der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie und der Maßnahmenplanung im Sinne der Wirtschaft begleiten, mit Fokus auf Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem, in 2017 insbesondere durch die Durchführung des Wettbewerbs "KlimaSchutzPartner des Jahres 2017", die Mitarbeit an der Umsetzungsstrategie für das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) sowie die kritische Begleitung der Rekommunalisierungspläne des neuen Senats

- Energie- und klimapolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, um den Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem zu befördern, in 2017 insbesondere durch die weitere Umsetzung der 500-Energieeffizienz-Netzwerke-Initiative mit der Bundesregierung und die Positionierung zu den Themen Erneuerbare Energien, Gebäudestrategie und Effizienzstrategie, Energiemarkt

Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für umweltfreundliches Wirtschaften.

Anforderungen zum Schutz von Mensch und Umwelt werden zunehmend durch Europa vorgegeben – sie gehören zu den strengsten der Welt. Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur Pflichterfüllung: Durch den umweltschonenden Umgang mit wertvollen Ressourcen können Unternehmen Kosten senken, bleiben innovativ und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit Umweltschutz aber zu einer Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft wird, muss die Umweltpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen Zielen und ökologischen Ansprüchen schaffen.

Indem sie die rechtliche Rahmensetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene analysiert und Chancen und Herausforderungen benennt, ist die IHK Berlin der zentrale Impulsgeber für erfolgreichen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Umweltschutz in der Hauptstadt. Sie setzt sich über konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen ein. Dabei macht sich die IHK für eine regional nachhaltige Infrastruktur sowie serviceorientierte Verfahren stark und achtet neben Bürokratieentlastung gleichfalls auf die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltgesetzlichen und übergreifenden Rechtsbereichen.

Die IHK wird sich daher für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Umweltpolitik in EU, Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- die Preisgestaltung in den Bereichen Trink- und Abwasserversorgung sowie Kreislaufwirtschaft nicht zu Standortnachteilen führt;
- Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft grundlegende Prinzipien im Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben;
- umweltrechtliche Vorgaben unbürokratisch und kosteneffizient umgesetzt werden;
- umweltpolitische Vorgaben für Berliner Unternehmen nicht zu Nachteilen im Standortvergleich führen.

Umweltspezifisches Wissen stellt die IHK durch zielgruppengerechte Informationsangebote wie z.B. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung zur Verfügung. Sie unterstützt die Betriebe zudem bei der Umsetzung umweltgesetzlicher Anforderungen.

Maßnahmen

- Rechtliche Umwelanforderungen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen, einen Unternehmensaustausch fördern und besondere Umweltleistungen von Unternehmen herausstellen. In 2017 insbesondere über neue wasser-, abfall- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen informieren, die IHK-Umweltdatenbank Umfis weiterentwickeln sowie freiwillige Umweltleistungen fördern
- Für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, (insbesondere durch Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens zum Verpackungsgesetz sowie durch Positionierung zum Umgang mit der geplanten Einführung eines Mehrwegbechersystems - Coffee to go). Zusätzliche Belastungen von Unternehmen durch Immissionsschutzaufgaben hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit prüfen und auf ein notwendiges Maß beschränken

(Begleitung der Maßnahmen des Berliner Luft- bzw. Lärmaktionsplans, insbesondere der Einführung einer blauen Fahrzeugplakette)

- Ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren (Positionierung zum geplanten Berliner Regenwasserkonzept sowie weitere Pilotprojekte des Landes Berlin zum Umgang mit steigenden Grundwasserständen) unterstützen. Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik umsetzen, ohne wirtschaftliche Tätigkeiten in der wachsenden Stadt einzuschränken (Positionierung zum Ökokonto und zum Biotopflächenfaktor sowie durch Initiierung regionaler Projekte für freiwilligen unternehmensspezifischen Naturschutz wie der Wettbewerb Firmengärten)
- Belastung von Unternehmen durch Auflagen aus dem Chemikalienrecht durch Positionierung zu rechtlichen Änderungen verringern

Ziel: Berliner Unternehmen sind in allen Leitmärkten der Umweltwirtschaft unter den TOP 5 in Deutschland vertreten.

Grüne Technologien sind eine Erfolgsgeschichte. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von jährlich 12 Prozent seit 2007 hat sich die Green Economy in Deutschland von einem Nischendasein in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Wachstumsstrategien vorgearbeitet. Der Wirtschaftsstandort Berlin ist für die Green Economy schon heute ein Aushängeschild. Mehr als 75.000 Beschäftigte in 6.200 Unternehmen tragen erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung der Hauptstadt bei. Von der Wachstumsdynamik grüner Leitmärkte kann die Hauptstadt auch zukünftig kräftig profitieren, denn gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Rohstoffknappheit und demografischem Wandel begegnet die Wirtschaft insgesamt mit innovativen technologischen Lösungen und Beschäftigungswachstum. Dabei muss die Politik die Unternehmen der Stadt mit den richtigen Strukturen und intelligenten Instrumenten zum aktiven Partner in der Umwelt- und Klimapolitik machen.

Die IHK gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Green Economy. Vor diesem Hintergrund fordert sie, dass

- das Innovationsumfeld am Standort durch die Schaffung eines Clusters Green Economy optimiert wird;
- der umweltpolitische Rahmen Innovationen in der Green Economy befördert;
- innovative Umwelttechnologien als Teil einer Smart City in Berlin gezielt zur Anwendung gebracht werden.

Gleichzeitig stellt die IHK Unternehmen Fachwissen zu innovativen Technologien und Umweltmanagementsystemen zur Verfügung und gibt sie in unterschiedlichen Formaten (z.B. Fachgesprächen, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerken, gezielte Öffentlichkeitsarbeit) an Unternehmen, Politik und Verwaltung weiter. Sie identifiziert Wachstumskerne und unterstützt den Wissens- und Technologietransfer durch die Kooperation von Hochschulen mit Unternehmen sowie die Vernetzung von Startups der Green Economy mit dem Mittelstand.

Maßnahmen

- Wettbewerbschancen für Unternehmen der Green Economy verbessern, in 2017 insbesondere Evaluation der Standortbedingungen für die Green Economy in Berlin auf Basis des 2016 entwickelten Green Economy Index Berlin 2025 sowie Formulierung daraus abgeleiteter Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Berliner Green Economy
- Weiterentwicklung und Vermarktung der IHK-Umweltdatenbank UMFIS
- Eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandard gewährleisten

VIII. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft nimmt jährlich zu.

Der Außenhandel ist eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft. Hier leistet mittlerweile fast jeder dritte Arbeitsplatz einen Beitrag zur Außenwirtschaft. Berliner Unternehmen verkaufen jährlich Waren im Wert von über 10 Milliarden Euro ins Ausland. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft durch zielgerichtete Maßnahmen jährlich gesteigert wird:

Die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins werden im Dialog mit den Wirtschaftsförderern der Stadt festgelegt und umgesetzt. Die verstärkte Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in internationalen Netzwerken zielt darauf, dass die Rahmenbedingungen für Berliner Unternehmen im Auslandsgeschäft verbessert werden und ihnen auch der Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen erleichtert wird.

Berliner Unternehmen erhalten zudem ein Angebot an politisch begleiteten und branchenspezifischen Delegationsreisen in ihre internationalen Schwerpunktmärkte. Parallel werden sie bei der Kooperationspartnersuche durch bestehende, aber auch neue Veranstaltungsformate unterstützt. Delegationen aus dem Ausland sind ein weiterer wichtiger Bestandteil bei der Geschäftspartnersuche und der Erschließung neuer Märkte. Die Berliner Unternehmen werden durch ein „Servicepackage International“ durch zielgerichtete Marketingaktivitäten auf das Serviceangebot der IHK Berlin aufmerksam gemacht und finden auf einfache Weise die für sie relevanten Angebote.

Für eine effiziente Abwicklung der Exportgeschäfte bietet die IHK Berlin bedarfsgerechte Zoll-Workshops und Informationsveranstaltungen zu den aktuellen Zoll- und Außenwirtschaftsfragen an. Bei der Ausstellung der Außenwirtschaftsdokumente werden die Unternehmen durch die Bereitstellung der neuesten rechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah unterstützt.

Maßnahmen

- Mit den Wirtschaftsförderern der Stadt, insbes. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Berlin Partner, IBB, Senatskanzlei, die operativen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins festlegen und umsetzen, (z.B. Messeplan)
- Auf bessere Außenwirtschaftsrahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene hinwirken (z.B. Umsetzung CETA, Unionszollkodex, Außenwirtschaftsförderprogramm, gemeinsame Berliner Außenwirtschaftsstrategie entwickeln und implementieren)
- Länderpolitische Beratung für Politik und Key Account-Unternehmen ausbauen, die ein Vorhaben in unseren strategischen Zielmärkten realisieren wollen; dabei auf Berliner Branchen / Cluster fokussieren (z.B. durch politisch begleitete Delegationsreisen und Follow-up-Wirtschaftskonferenzen, politische Incoming Delegations)
- In internationalen Netzwerken (z.B.C6, ICC) den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Best Practices und internationalen Entwicklungen zu intensivieren und für die politische Umsetzung/ Positionierung in Berlin nutzbar zu machen
- Kooperation mit Bundesministerien (z.B. Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft) und Botschaften intensivieren, um Berliner Unternehmen einen Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen zu erschließen (z.B. Business meets Diplomacy)
- Unternehmen bei der Kooperationspartnersuche durch zusätzliche Formate unterstützen, z.B. durch Networking-Veranstaltungen
- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen

Anlage 2 zum Protokoll: Arbeitsprogramm 2017

- Zoll-Workshops für Firmen anbieten
- Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten

Stichwortverzeichnis:

A100 5
Abgaben 9, 10
Arbeitsmarkt 13, 15, 16
Arbeitsrecht 10
Aufenthaltsrecht 10
Ausbildung 13, 15, 16
Ausbildungsmessen 15
Außenhandel 23
Außenwirtschaft 23
Bagatellsteuern 10
Barrierefreiheit 7
Bauleitplanung 5
Baunebenrecht 5
BEPS 10
BER 5
Berliner Haushalt 9
Berufsbildungspolitik 13
Berufsorientierung 14, 15
Berufsschule 13
Bezirksverwaltung 11
Branchen 1, 2, 6, 23
CarSharing 7
CETA 23
Chemikalienrecht 22
City Tax 1
Cluster 1, 23
Clusterpolitik 1
CSR 4, 10
Datenschutz 10
Delegationsreisen 23
Demografie 2
Denkmalschutz 6
Digitalisierung 1, 11, 12, 18
E-Government 11
Ehrbare Kaufleute 4
Ehrbarer Kaufleute 4
Einzelhandel 2
Elektromobilität 7
Energiewende 20
EU 21, 23
Fachkräfte 13, 15, 17
Fachkräfteportal 15
Finanzierung 3
Förderung 3, 6
Gastronomie 1
Gewerbeflächen 6
Gewerbemieten 8
Gewerbsteuer 9
Gewerbeuntersagungen 12
Green Economy 22
Grundsteuer 10
Gründung 2, 18
Hightech 18, 19
Hochschule 19
Immissionsschutz 21
Industrie 1, 6, 19
Infrastruktur 5, 6, 7, 9, 21
Innovationen 10, 18, 22
Innovationsmanagement 18
Insolvenzrecht 10
Investitionspolitik 9
Investitionsquote 9
Jugendberufsagentur 15
Klimaschutz 20
Konjunktur 2
Kreislaufwirtschaft 21
Landesbeteiligungen 10
Matching 15
Mobilitätskonzepte 7
Naturschutz 22
Nutzungskonflikte 6
ÖPNV 5, 7
Personalmanagement 11
PPP 8
Praktika 14
Quartiere 7
Reihengeschäfte 10
Reisebusse 7
Sachverständige 10, 12
Schwerlasttransporte 6
Selbstverwaltung 12
ServiceStadtBerlin 2016 11
SharedSpaces 7
Sicherheitsrisiken 1
Smart City 7, 22
Smart Solutions 7
Soziale Marktwirtschaft 10
Sport 2
Städtebauförderung 5, 6
Stadtentwicklung 5, 6
Standortbedingungen 1
Start-up 2
Steuern 9
Studie „Berlin 2030“ 1
Tax Compliance 10
Technologie 7, 18, 22
Tourismus 1
Trink- und Abwasserversorgung 21
Unternehmensnachfolge 3
Verbraucherrecht 10
Vergaberecht 10
Verkehrsinfrastruktur 5, 6
Versorgungssicherheit 20
Verwaltung 1, 2, 7, 9, 11, 12, 21, 22
Verwaltungsverfahren 12
Wasser 22

Anlage 2 zum Protokoll: Arbeitsprogramm 2017

Weiterbildung 12, 17

Wettbewerb 5, 9, 10, 17, 18, 19, 20, 21

Willkommenskultur 11

Wirtschaftsverkehr 6

Wissens- und Technologietransfer 19, 22

Wissenstransfer 18

Wohnungsbau 5

